

CSU fordert mehr Messstellen zur Grundwasserqualität in Erding

Die CSU fordert die schnellen Messstellen für Rote Gebiete in Bayern, während Landwirte sich verlassen fühlen. Was geschah?

In der bayerischen Landwirtschaft brodelt es! Die CSU-Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft hat erneut auf die fehlende Umsetzung des Versprechens der Staatsregierung hingewiesen, bis Ende 2024 insgesamt 1500 neue Messstellen in den sogenannten Roten Gebieten zu schaffen. In einer Pressekonferenz kam es zu deutlichen Worten von Sabine Berger, der stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Arbeitsgemeinschaft Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ELF), die die aktuellen Missstände anprangerte.

Die Umsetzung der strengeren Düngeverordnung, die in Gebieten mit hoher Nitratbelastung im Grundwasser gelten, sorgt für Unmut bei den Landwirten. „Wir fühlen uns alleingelassen“, erklärte Berger, während sie das Versäumnis der Behörden thematisierte. Die neuen Düngeregeln schreiben vor, dass die Landwirte 20 Prozent weniger düngen dürfen als notwendig, um eine gesunde Ernte zu fördern. Das hat nicht nur zur Folge, dass die Erträge sinken, sondern auch, dass die Landwirte mit einem enormen Anstieg des bürokratischen Aufwands konfrontiert sind.

Die Realität der Messstellen

Berger wusste auch zu berichten, dass von den zwei derzeit bestehenden Messstellen im Landkreis Erding keine den

gesetzlichen Vorgaben entspricht. Eine ist in einer ehemaligen Kiesgrube in Fraunberg platziert, die andere in einem Lehmabbaugebiet bei Obernurnberg. Dies wirft Fragen auf, wie ernst es den Entscheidungsträgern mit den Umweltschutzmaßnahmen wirklich ist. „Es fehlen einfach die notwendigen Messstellen, um die Nitratbelastung ordnungsgemäß zu überwachen“, so Berger weiter.

Für den Landkreis, der gemäß der Berechnungen 21 neue Messstellen bräuchte, um den Vorgaben zu entsprechen, sieht die Realität düster aus. „Es hat sich einfach nicht viel getan. Wir stehen bei zwei Messstellen und das ist nicht genug“, betonte sie. Diese Diskrepanz zwischen politischen Versprechen und der Realität vor Ort sorgt für Verunsicherung unter den Landwirten.

Apropos Unsicherheit – die Auswirkungen der Demonstrationen der Landwirte zu Beginn des Jahres scheinen zu zeigen, dass die Bauern nicht gewillt sind, still zu bleiben. Berger äußerte sich positiv über diese Protestaktionen und gab zu, dass sie den Landwirten nicht nur Rückhalt bieten, sondern auch das öffentliche Bewusstsein für die Herausforderungen in der Landwirtschaft geschärft hätten.

„Die Demos haben politischen Druck erzeugt. Wir haben stärker auf unsere Probleme aufmerksam gemacht und gesehen, dass sich einige Entscheidungsträger damit auseinandersetzen müssen“, so Berger optimistisch. Sie versicherte, dass diese Versammlungen gezeigt hätten, wie wichtig eine nachhaltige Agrarpolitik ist, gerade in Zeiten, wo die Weltbevölkerung weiter wächst und niemand leidend zurückgelassen werden soll.

Positive Veränderungen und Unterstützung

Ein Lichtblick für die Landwirte war die Entscheidung des Kreistags, die Klage gegen die Ausführungsverordnung der Roten Gebiete zu unterstützen. Berger zeigte sich dankbar für diese Zusicherung und hofft auf eine baldige Wende in der politischen Agenda. Sie ermutigt die Öffentlichkeit und die

Politik, die Bedenken und Sorgen der Landwirte ernst zu nehmen, da diese nicht nur ihren eigenen Lebensunterhalt, sondern auch die Ernährungssicherheit einer wachsenden Bevölkerung sichern müssen.

Es bleibt abzuwarten, ob die politische Vorgabe tatsächlich umgesetzt wird und ob die versprochenen Messstellen bald Realität werden oder ob die Landwirte weiterhin auf dem Trockenen sitzen. In der Landwirtschaft können solche Versäumnisse weitreichende Folgen haben, nicht nur für die Landwirte selbst, sondern auch für die gesamte Region und darüber hinaus.

Die Dringlichkeit der Reformen

Die Situation ist klar: Es braucht sofortige Reformen und Unterstützung für die Landwirte, denn die Zeit drängt. Das landwirtschaftliche System muss sich anpassen, ohne die wirtschaftliche Grundlage der Landwirte zu gefährden. Die Teststellen sind nicht nur ein technisches Bedürfnis, sie sind Ausdruck eines Verantwortungsbewusstseins, das die Landwirtschaft und die Umwelt gleichermaßen berücksichtigt. Daher ist ein Umdenken in der Agrarpolitik unerlässlich.

Die Debatte um die Nitratbelastung im Grundwasser ist Teil eines größeren Problems, das auch durch die EU-Vorgaben zur Förderung nachhaltiger Landwirtschaft geprägt ist. Seit der Verabschiedung der Nitratrichtlinie im Jahr 1991 hat die EU verschiedene Maßnahmen zur Reduzierung der Nitratbelastung entwickelt, um die Wasserqualität zu verbessern und die Umwelt zu schützen. Diese Richtlinie fordert von den Mitgliedstaaten regelmäßige Messungen der Nitratwerte und die Umsetzung geeigneter Maßnahmen.

In Deutschland wurde die Umsetzung der Nitratrichtlinie durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Zusammenarbeit mit den Ländern vorangetrieben. So wurden im Alter von 21 Jahren, bis 2018, diverse Programme wie die

Düngeverordnung (DünV) aktualisiert, um die Düngemittelanwendung zu regulieren und zu optimieren. Diese Regelungen stellen umfassende Aufzeichnungspflichten für Landwirte auf und legen spezifische Grenzen für die Düngemittelmenge fest.

Soziale und wirtschaftliche Auswirkungen

Die strengen Vorgaben zur Düngemittelverwendung und die geforderten Maßnahmen zur Überwachung der Wasserqualität haben nicht nur ökologische, sondern auch soziale und wirtschaftliche Implikationen. Landwirte im Landkreis Erding berichten von einem erhöhten Druck durch bürokratische Auflagen, die häufig in einem spürbaren Rückgang von Erträgen resultieren. Diese Herausforderungen stehen im Kontext einer sich verändernden agrarischen Struktur in Deutschland, in der immer mehr mittelständische Betriebe mit großen agrarischen Unternehmen konkurrieren müssen.

Darüber hinaus geht der Druck für regionale und nachhaltige Produkte einher mit einer wachsenden Nachfrage seitens der Verbraucher. Diese Entwicklungen stellen die Landwirtschaft vor die Herausforderung, ihre Produktionsmethoden zu ändern, um umweltfreundlicher zu werden, während sie gleichzeitig wettbewerbsfähig bleibt. Um den Bedürfnissen der Verbraucher gerecht zu werden, müssen Landwirte innovative Lösungen finden und anpassen, was zusätzliche Investitionen und Fachwissen erfordert.

Statistiken zur Nitratbelastung

Laut dem **Umweltbundesamt** lag die durchschnittliche Nitratkonzentration im Grundwasser in stark belasteten Gebieten im Jahr 2022 bei 50 mg/l, was die zulässige Höchstgrenze von 40 mg/l überschreitet. Besonders betroffen sind landwirtschaftlich genutzte Flächen, in denen hohe Düngeranwendungen üblich sind.

Die aktuellen Daten zeigen, dass bereits über 30 % der Messstellen in Deutschland Regelungen zur Reduzierung von Nitrat erfordern. In Bayern sind es etwa 55 % der Messstellen, die über den Grenzwerten liegen. Diese Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit der notwendigen Maßnahmen und die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen Landwirten, Politikern und Umweltfachleuten.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)